

Mehr Mumm für mehr Prävention

Festreferat. Mutige Entscheidungen, Strukturreformen und einen präventiven Ansatz in der Gesundheitspolitik hat Prof. Josef Hecken, unparteiischer Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), in seinem Festvortrag zur Eröffnung der FVDZ-Hauptversammlung gefordert. Seine Appelle an Politik, Selbstverwaltung und Verbände trug er gewohnt scharfzüngig vor und übte ebenso deutliche Kritik an gesundheitspolitischen Vorhaben wie auch am politischen Stillstand.

Autorin: Sabine Schmitt

14

Wer Prof. Hecken als Festredner einlädt, weiß, dass es alles andere als unparteiisch, neutral oder gar langweilig wird. Denn wenn er dem G-BA nicht in offizieller Funktion vorsteht und es um seine persönliche Einordnung von Gesundheitspolitik und Reformbedarf geht, nimmt der Jurist aus dem Saarland, der dort selbst vier Jahre lang Gesundheitsminister war, kein Blatt vor den Mund und bringt die Dinge deutlich auf den Punkt. Zur Eröffnung der FVDZ-Hauptversammlung sprach Hecken über „Zahnärztliche Versorgung als Blaupause für gelungene Gesundheitsprävention“ und legte dazu Zahlen vor, die belegten, dass in Deutschland „unendlich viel Geld für eine mäßige Versorgungsqualität“ ausgegeben werde.

Beliebigkeit politischer Entscheidungen

„Das Geld, das wir da verbraten, haben wir an anderer Stelle nicht mehr“, machte Hecken deutlich. Er kritisierte die „Beliebigkeit der Krankenhausversorgung“ ebenso wie die „Beliebigkeit der politischen Ent-

scheidungen“. Rund 341,4 Milliarden Euro müssten 2025 insgesamt für die Gesundheitsversorgung ausgegeben werden. „Die zahnärztlichen Leistungen sind dabei wirklich marginal und der Anteil stabil.“ Hecken forderte die Politik auf, Prävention und Versorgungsqualität stärker in den Fokus gesundheits-

„Wir müssen vernünftige Schwerpunkte für eine vernünftige Versorgung setzen.“

politischer Entscheidungen zu nehmen. „Wir müssen da vernünftige Schwerpunkte für eine vernünftige Versorgung setzen“, machte Hecken deutlich. „Wie wäre es denn mal mit Generalprävention?“, fragte Hecken rhetorisch in die Runde. Aber Prävention sei anstrengend, es müsse Überzeugungsarbeit geleistet werden, da brauche man Zeit und es koste Geld. Aber inzwischen gehe das System an „idiotischen Entscheidungen kaputt“, sagte Hecken drastisch. „Und der Schotter ist jetzt richtig knapp.“

Präventionserfolge der Zahnärzte

Hecken zeigte am Beispiel der Zahnärzte, wie groß Präventionserfolge sein können. Aber dafür brauche es einen langen Atem, der in der Politik allerdings kaum verfügbar sei, da dort immer nur von einer Wahl zur nächsten gedacht werde. Die GKV-Aus-



© FVDZ/Jörn Wolter

Im Dialog: FVDZ-Bundesvorsitzender Dr. Christian Öttl (links) und Prof. Josef Hecken, unparteiischer Vorsitzender des G-BA

*Alles andere als langweilig:
Prof. Josef Hecken*

gaben stiegen seit Jahren, ohne erkennbare Verbesserung der Versorgung. „Wir haben da kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem“, sagte er. Es werde Zeit, dass sich „die Politik da endlich mal was einfallen lässt“. Der Gesetzgeber müsse entscheiden, welche Leistungen an welcher Stelle in der GKV reduziert werden – denn darauf laufe es doch hinaus, wenn auf der einen Seite nicht mehr Einnahmen generiert werden können, aber auf der anderen Seite die Kosten davonlaufen.

Abgaben auf Tabak, Alkohol und Zucker

Dabei könnten Patienten auch einen Gutteil an Eigenverantwortung zeigen – und mit der Erhöhung der Tabaksteuer zu bewussterem Verhalten gebracht werden. „Dasselbe könnte man mit dem Schnaps und auch mit dem Zucker machen“, sagte der G-BA-Vorsitzende. „Wir haben viele Spielräume und brauchen nicht den Rasenmäher für irgendwelche Sparmaßnahmen. Aber dafür braucht man Mumm, um die Dinge umzusetzen.“ Man brauche auch den Mumm, in Verbänden und Selbstverwaltung für die Freiberuflichkeit, die Selbstverwaltung und die Patientenversorgung zu werben. „Wenn Sie in Zukunft noch gut arbeiten und leben wollen, müssen sie vom Sofa runter und sich in Verbänden engagieren“, appellierte Hecken. Und vor allen Dingen: geschlossenes Auftreten in Richtung Politik – „auch wenn intern mal die Fetzen fliegen“.

Optimismus in der PAR-Frage

In der anschließenden Fragerunde mit dem FVDZ-Bundesvorsitzenden Dr. Christian Öttl zeigte sich Hecken zuversichtlich, dass der Budgetdeckel von der präventionsorientierten Parodontistherapie wieder fallen könnte. Das könne doch „ganz leicht irgendwo an eines der langen Omnibusgesetze drangehängt werden – und schon wäre es erledigt“. Eine zweckgebundene Zuwendung aus Tabak- und Alkoholsteuer beispielsweise könne da eine gute Idee sein, um die Präventionsleistung außerbudgetär zu finanzieren. Denn dass es Geld brauche, um gute Präventionsleistungen aufzubauen, sei klar. „Prävention klappt nur, wenn alle eine bestimmte Summe Geld bekommen, die für Prävention ausgegeben werden muss“, machte der G-BA-Vorsitzende deutlich. Das könne nicht über den Wettbewerb geregelt werden. Der Gesetzgeber müsse dafür zusätzliches Geld locker machen. Hecken zeigte sich verärgert, dass der damalige Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach die gerade erst anlaufende PAR-Behandlung mit dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz quasi zu nichte gemacht habe.

Trotz der Zuversicht für entbudgetierte PAR-Leistungen, blieb der Blick auf ein umfassendes Präventionsgesetz deutlich weniger optimistisch. Bereits vier Mal habe das Gesetz in einem Koalitionsvertrag



gestanden – passiert sei allerdings relativ wenig. Einen Vorschlag zur Finanzierung machte Hecken auch. Wenn der Staat die Beitragssätze für Bürgergeldempfänger in der GKV umfassend bezahlen würde und dann auch noch eine Mehrwertsteuersenkung für Medikamente umgesetzt würde, könnten 17 Milliarden Euro zusätzlich ins GKV-System fließen. „Damit könnte man Versorgung gestalten“, stellte Hecken fest.

Vom FVDZ-Bundesvorsitzenden auf Strukturveränderungen und Zulassungssteuerung angesprochen, machte Hecken deutlich, dass er darin eine Aufgabe von Selbstverwaltung und Verbänden sieht, Angebote zu machen und Anreize für die Niederlassung zu schaffen. „Es ist eine eurer entscheidenden Aufgaben, denn sonst wird der Ruf nach staatlicher Regulierung laut“, sagte er. ■

